

Hintergrundinformationen zur Stellungnahme der VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt zu den Protesten für mehr Klimaschutz der Initiative „Fridays for Future Deutschland“ vom 17.06.2019:

A) Forderungen der Initiative „Fridays for Future Deutschland“:

1. Für die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5-°C-Ziels:
 - a. Netto-Null 2035 erreichen
 - b. Kohleausstieg bis 2030
 - c. 100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2035
2. Gefordert wird bis Ende 2019:
 - a. Das Ende der Subvention für fossile Energieträger
 - b. ¼ der Kohlekraft abschalten
 - c. Eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. [...] Laut UBA sind 180 €/t CO₂ zu erheben.

B) Auszug aus der Stellungnahme der Bewegung „Scientists for Future“

Um die Forderung von „Friday for Future Deutschland“ nach Netto-Null-Emissionen 2035 in den Kontext von IPCC die Vorgaben des Pariser Abkommens besser einordnen, wird im Folgenden aus der Stellungnahme von „Scientist for Future“ zitiert (frei übersetzt):

(vollständige Stellungnahme unter

https://www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/gaia_leseproben/GAIA_2019_02_079_087_SCIENTIS_TFORFUTURE.pdf)

Am 8. April 2019 veröffentlichte die Initiative Fridays for Future Deutschland einen Katalog von Forderungen nach Klimaschutz (Fridays for Future 2019). Dieser Katalog wurde von einer Arbeitsgruppe der Jugendbewegung über mehrere Monate hinweg erstellt. Wissenschaftler für die Zukunft haben die Entwürfe der Versionen des Anforderungskatalogs geprüft. Es gibt Unterschiede zwischen den Anforderungen und unserer Aussage. Um beispielsweise die globale Erwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, kommen wir gemäß IPCC (2018) zu dem Schluss, dass die Netto-Null-Emissionen spätestens zwischen 2040 und 2050 weltweit erreicht werden müssen, während Fridays for Future Deutschland bis 2035 Netto-Null erreichen will. Das ist kein Widerspruch, denn wir halten es für wissenschaftlich gerechtfertigt, Aspekte der Klimagerechtigkeit einzubeziehen, d.h., dass die Länder vor unterschiedlichen Herausforderungen und Verantwortlichkeiten stehen. Starke, industrialisierte Länder haben mehr Möglichkeiten, Vorreiter und Innovatoren im Transformationsprozess zu sein. Gleichzeitig haben diese Länder aufgrund ihrer historischen Emissionen eine höhere Verantwortung. So sollten die Industrieländer nicht nur einen hohen Kostenbeitrag tragen (Kantha et al. 2018), sondern auch schneller handeln, damit ärmere und weniger entwickelte Länder ohne übermäßige Risiken für ihre Wirtschaft und Entwicklung folgen können. In unserer Erklärung haben wir die globalen CO₂-Budgets des IPCC(2018) und ihre Auswirkungen diskutiert. Von Fridays for Future Deutschland wurde eine Anforderung für Deutschland abgeleitet, die Aspekte der Klimagerechtigkeit beinhaltet.

C) Die Haltung der VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt zu diesen Forderungen:

Zu 1a:

Die Netto-Null ist unter Aspekten der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit bis 2035 nicht zu erreichen. Der VDI unterstützt das Ziel der Bundesregierung, die Treibhausgase bis 2050 um 80 % bis 95 % zu reduzieren. Aus Gründen des Klimaschutzes ist aus Sicht der VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt eine Reduktion um 95 % bis 2035 wünschenswert, aber selbst bis 2050 aus heutiger Sicht extrem ambitioniert und kaum erreichbar, wenn auf den Weiterbetrieb der Kernenergie und auf die Abscheidung und Lagerung von CO₂ verzichtet werden soll sowie keine gravierenden Änderungen an unseren Lebensstilen (z. B. vegetarische bzw. vegane Ernährung, Verzicht auf Flug- und Kreuzfahrtreisen, Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und in Städten, Verzicht auf große, schnelle und schwere Privatfahrzeuge sowie weniger Wohnfläche pro Person) erfolgen.

Zu 1b:

Die VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt unterstützt das Ergebnis der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“) und fordert die rasche Umsetzung aller Maßnahmen durch den Gesetzgeber und die Bundesregierung. Sollte ein früherer Ausstieg bei Erreichung der Ziele möglich sein, würde dies durch die VDI-GEU begrüßt.

Zu 1c:

Der Ausbau erneuerbarer Energien auf 100 % betrachtet die VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt als dringend notwendig, aber nicht realisierbar bis zum Jahr 2035, insbesondere, wenn hierbei alle Sektoren (Verkehr, Raum- und Prozesswärme) und nicht nur der Stromsektor gemeint ist.

Zu 2a:

Zu einer Dekarbonisierung des Energiesystems gehört auch aus Sicht der VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt grundsätzlich eine Abschaffung der Subventionen fossiler Energieträger, wobei eine sinnvolle Definition für den Begriff Subvention noch zu diskutieren ist, siehe hierzu z.B. www.foes.de/pdf/2017-05-FOES-Studie-Subventionen-fossile-Energien-Deutschland.pdf.

Zu 2b:

Ein umgehendes Abschalten von 25 % der Kohlekraft bis Ende 2019 bei einer gleichzeitigen Sicherstellung von flexiblen Reservekapazitäten erscheint aus Sicht des VDI möglich. Zur Absicherung des Wegfalls der Kapazitäten der Kernkraftwerke bis 2022 sind jedoch verstärkt Kapazitäten erneuerbarer Stromerzeugung und von flexiblen Gaskraftwerken zu errichten sowie der Netzausbau und die Lastflexibilisierung zu forcieren.

Zu 2c:

Eine Bepreisung von CO₂ ergibt aus Sicht der VDI-Gesellschaft Energie und Umwelt in einigen Sektoren erheblichen Sinn, um Anreize zur Vermeidung zu schaffen. Eine CO₂-Steuer ist gerade stark in der politischen Diskussion. Allerdings muss sie in einigen Bereichen durch weitere Maßnahmen flankiert werden. So haben z. B. Mieter keine Möglichkeit, ihre Wohnung wärmezudämmen oder eine effizientere Heizung einzubauen, müssen aber die höheren Heizkosten bezahlen. Viele Autofahrer werden auch bei einem Preis von 180 €/t CO₂ kaum reagieren, dieser CO₂-Preis liegt bei Dieselkraftstoff in der Größe der heutigen Mineralölsteuer von 47 Cent/Liter; die Mineralölsteuer für Benzin liegt umgerechnet auf den CO₂-Ausstoß bei rund 275 €/t. Einkommensschwache Teile der Bevölkerung – oft in ländlichen und strukturschwachen Regionen – können auf Preissignale häufig

kaum reagieren und brauchen entsprechende Unterstützung. Sowohl im Gebäude- als auch im Verkehrssektor muss eine CO₂-Bepreisung durch Ge- und Verbote unterstützt werden.

Für die Stahlwerke in Deutschland würde eine derartige CO₂-Bepreisung von 180 €/t CO₂, würde sie nicht weltweit eingeführt, dramatische Folgen haben: Eine Tonne Stahl würde damit rund 50 % teurer werden und damit aller Stahl aus den Ländern importiert, die keine derartigen Abgaben haben, womit dem Weltklima auch nicht gedient wäre. Hier ist die Förderung von neuen technischen Verfahren wie die CO₂-freie Herstellung von Stahl mithilfe von regenerativ erzeugtem Wasserstoff zielführender.